



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER OKTOBER 2022

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Oktober beginnen viele mit dem Aufziehen von Winterreifen. Es beginnt auch die Heizperiode. In diesem Jahr werden viele Menschen Sorgen haben, wie sie das alles bezahlen sollen. Auch Handwerksbetriebe und die Industrie stehen vor Problemen, die existenzbedrohend werden könnten. Energie ist eine Waffe geworden.

Wir können jetzt Angst oder Zuversicht haben. Mit Angst schafft man Schlagzeilen und erobert die Stammtische. „Angst frisst auf“, singt Herbert Grönemeyer. Ich rate uns allen zur Zuversicht. Die Bundesregierung tut alles dafür, dass Energie zur Verfügung steht und diese auch bezahlt werden kann. Es wird einen Deckel auf die Strompreise geben und auch einen auf Gas. Um die Menschen und die Wirtschaft zu unterstützen, nimmt der Bund sehr viel Geld in die Hand.

Dass die Preise derzeit so hoch sind, liegt aber nicht nur an der Knappheit. Es liegt auch daran, dass am Energiemarkt der höchste Preis für alle gilt. Manche Unternehmen werden geradezu mit Geld zugeschüttet. Die sollen und können ruhig etwas geben. Gleichzeitig werden wir den Sozialstaat ausbauen, denn niemand darf obdachlos werden, weil er seine Miete nicht mehr bezahlen kann.

Ihr/Euer

3

300 Euro
Energiepreis-
pauschale

Jetzt auch für
Rentner:innen!

Das 3. Entlastungspaket

4



Das Bürgergeld kommt!

7



Sprach-Kitas

11



Nominierungen für die
Landtags- und Bezirkswahl

KLARTEXT

WIR WOLLEN EIN NEUES ARBEITSZEITGESETZ!



Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden: Jeder Arbeitgeber braucht ein System, mit dem die gesamte Arbeitszeit der Beschäftigten aufgezeichnet werden kann. Das ist eine gute

Nachricht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – vor allem, wenn sie bisher nicht ihre gesamte Arbeitszeit bezahlt kriegen. 2021 wurden in Deutschland insgesamt 893 Millionen unbezahlte Überstunden geleistet. Damit muss Schluss sein. Bei der Einführung des Mindestlohn 2015 wurden die vielen Stunden überhaupt erstmals sichtbar, die Beschäftigte leisten und die unbezahlt blieben. Mit der Einführung des Mindestlohns und der Dokumentationspflicht stand erstmals klar fest, wie viele Stunden insgesamt geleistet und damit auch bezahlt werden müssen. Darauf haben alle Beschäftigten ein Anrecht, egal wie hoch ihr Lohn ist.

Ich setze mich deshalb dafür ein, schnell das Arbeits-

zeitgesetz anzupassen und eine gesetzliche Verpflichtung zu schaffen, die gesamte Arbeitszeit aufzuzeichnen. Das Gerichtsurteil lässt viele Fragen offen: Wie genau muss der Arbeitgeber aufzeichnen? Was passiert bei Verstößen? Wie lange ist Zeit, die Arbeitszeit aufzuzeichnen? Das alles muss gesetzlich geklärt werden. Wir müssen sicherstellen, dass jede Arbeitsstunde erfasst wird –egal ob sie am Arbeitsplatz oder im Homeoffice geleistet wird.

Unser Arbeitsminister Hubertus Heil bereitet bereits einen Gesetzentwurf vor. Die Aufzeichnung muss so einfach sein wie möglich, aber manipulationsicher. Je schneller wir das jetzt hinbekommen, umso besser. Davon lassen wir uns auch von Gegenwind nicht abhalten. Manche Unternehmen fürchten in Wahrheit nämlich nicht die Arbeitszeiterfassung, sondern dass sie künftig alle Überstunden bezahlen müssen. Um das zu verschleiern, argumentieren einige aus der Opposition mit Bürokratie – und wiederum andere, auch aus der Koalition, wollen Zeit schinden. Das dürfen wir nicht zulassen.



POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

BÜRGERGELD: DAS GIBT ES AB 2023

Alleinstehende: 502 Euro/Monat
(Hartz IV bisher 449 Euro)

Partner: 451 Euro (bisher 404 Euro)

Kinder 14-17 Jahre: 420 Euro (bisher 376 Euro)

Kinder 6 -13 Jahre: 348 Euro (bisher 311 Euro)

Kinder bis 6 Jahre: 318 Euro (bisher 285 Euro)

Von einem möglichen **Zuverdienst** zwischen 520 und 1000 Euro sollen **30 Prozent** bei den Leistungsbeziehern verbleiben (bisher bei Hartz IV 20 Prozent).

Schülerinnen und Schüler aus einer „Bürgergeld-Familie“ dürfen ihr **Einkommen aus Minijobs**, also maximal 520 Euro, in voller Höhe behalten.

300 Euro Energiepreis- pauschale

Jetzt auch für
Rentner:innen!

SPD-Bundestagsfraktion

ENTLASTUNG

65 MILLIARDEN

Die Ampel-Koalition hat ein neues Entlastungspaket über 65 Milliarden Euro beschlossen. Das sind die wichtigsten Punkte:

Wir greifen direkt in den Strom- und Wärmemarkt ein, um ungerechtfertigt hohe Übergewinne und Preise zu deckeln:

- Strompreisbremse für den Basisverbrauch:
Wir deckeln den Preis für den Grundbedarf an Strom.
- Ähnliches streben wir für den Wärmesektor an.
- Wir finanzieren das, indem wir Übergewinne von Energiekonzernen abschöpfen. Am besten europäisch, notfalls national.
- Außerdem wird es 2023 keine Preiserhöhung beim CO₂ geben, um die Preise von unserer Seite nicht weiter zu treiben.

Niemand wird alleine gelassen, niemand wird vergessen bei nochmaligen Einmalzahlungen:

- 300 Euro Energiepreispauschale auch für Rentnerinnen und Rentner sowie 200 Euro für Studierende und Fachschülerinnen und Fachschüler.

- Im Vorgriff auf die Wohngeldreform gibt es kurzfristig einen erneuten Heizkostenzuschuss.

Wir wollen höhere Löhne, bei denen mehr Netto vom Brutto bleibt:

- Einkommensteuer-Entlastung durch volle Absetzbarkeit der Rentenbeiträge und höhere Grundfreibeträge
- Abgaben-Entlastung für kleine Einkommen durch die Ausweitung der Midijob-Zone
- Wo Gewerkschaften und Arbeitgeber Einmalzahlungen vereinbaren, sind diese bis 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei.

Wir erhöhen soziale Leistungen:

- Wohngeldreform: Künftig haben zwei Millionen Haushalte Anspruch auf Wohngeld, in dem nun auch Heizkosten berücksichtigt werden.
- Verbesserter Schutz für Mieterinnen und Mieter, die ihre Betriebskosten nicht sofort zahlen können
- Vermeidung von Strom- und Gassperren
- Das Bürgergeld ersetzt Hartz IV: ca. 50 Euro mehr für Erwachsene und entsprechende Erhöhungen für Partner, Kinder und Jugendliche (siehe Seite 4)
- Das Kindergeld wird um 18 Euro angehoben, der Höchstsatz beim Kinderzuschlag um 20 Euro.

Es soll auch künftig ein einfaches und kostengünstiges Abo-Ticket im ÖPNV geben: Dafür stellt der Bund 1,5 Mrd Euro für eine günstige und bundesweit gültige **Nachfolge für das 9-Euro-Ticket** bereit.

Die hohen Preise setzen auch Unternehmen und damit Arbeitsplätze und Versorgung unter Druck. Wir entlasten mit besseren Hilfen für **kleine und mittlere Unternehmen**, die energieintensiv produzieren.

Neues Miteinander und neues Vertrauen

- ☛ Vermittlung auf Augenhöhe: 6 Monate Vertrauenszeit ohne Sanktionen für Pflichtverletzungen sowie gemeinsam entwickelter Kooperationsplan als „roter Faden“ zur Vermittlung werden eingeführt.
- ☛ Ganzheitliche Betreuung und individuelles Coaching kommen als neue Regelinstrumente dazu.



Mehr Sicherheit und mehr Respekt vor Lebensleistung

- ☛ Wer Hilfe braucht, soll keine Angst haben, die Wohnung oder das Ersparte zu verlieren: Eine zweijährige Karenzzeit bei Wohnkosten und nicht erheblichen Vermögen schützt davor.
- ☛ Wir erhöhen den Freibetrag für Einkommen aus Schüler:innen- und Studi-Jobs sowie Azubi-Gehalt.



Neue Regelsätze auf Höhe der Zeit

- ☛ Es kommt eine deutliche Steigerung der Regelsätze! Es ist uns wichtig, damit einen existenzsichernden Inflationsausgleich für Empfänger:innen zu schaffen und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- ☛ Durch die Erhöhung des Mindestlohns ab 1.10. wird das Lohnabstandsgebot beachtet. Arbeit wird sich auch weiterhin lohnen!



DAS BÜRGERGELD KOMMT

GRÖßTE SOZIALREFORM SEIT 20 JAHREN

Das Kabinett hat die Einführung des Bürgergeldes beschlossen. Damit wird Hartz IV abgelöst. Mit den neuen Regeln sollen Arbeitslose mehr Respekt und bessere Leistungen erhalten.

Damit hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) für mehr als fünf Millionen Menschen weiterzuentwickeln und auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Die Ziele sind:

- mit der Erhöhung der Regelbedarfe die Auswirkungen der aktuellen Preisentwicklung zu berücksichtigen,
- den Bürgerinnen und Bürgern mehr Respekt und Vertrauen entgegenzubringen,
- mehr Sicherheit in einem modernen sozialen Sicherungssystem zu verankern,
- mehr Unterstützung bei Aus- und Weiterbildung und Arbeitsaufnahme zu leisten,
- unnötige Bürokratie abzubauen.

Um einen existenzsichernden Inflationsausgleich zu schaffen, steigen die Regelsätze zum 1. Januar 2023 um 53 Euro.

Wer Bürgergeld bekommt und sich zwischen 520 und 1000 Euro dazu verdient, soll künftig mehr von seinem Einkommen behalten können: Die Freibeträge in diesem Bereich werden von bislang 20 Prozent bei Hartz IV auf dann 30 Prozent angehoben.

Das vertrauensvolle Miteinander und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe in den Jobcentern sollen mehr im Mittelpunkt stehen.

Gleichzeitig soll die Leistung jedes und jeder Einzelnen mehr Anerkennung finden. Hierzu gehört, dass niemand, der in den Bürgergeldbezug eintritt, sich in den ersten zwei Jahren Sorgen um das Ersparte oder die Wohnung machen muss. Wichtig ist, dass sich die Menschen in dieser Zeit stärker auf Weiterbildung und Arbeitsuche fokussieren können.

Der Vermittlungsvorrang wird abgeschafft, damit die Jobcenter sich mehr auf die Förderung der Aus- und

Neue Chancen auf Arbeit durch Qualifizierung

- ☛ Langfristige Perspektiven: Zukünftig werden Aus- und Weiterbildung statt schneller Vermittlung in Aushilfsjobs gefördert.
- ☛ Finanzielle Anreize zur Weiterbildung (unter anderem durch monatliches Weiterbildungsgeld) werden geschaffen.



Weiterbildung konzentrieren können. Dafür werden neue Förderleistungen, wie Coaching und Weiterbildungsgeld, eingeführt. Das machen die strukturellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt — Digitalisierung und demographischer Wandel — erforderlich.

Den Menschen sollen soziale Teilhabe, langfristige Perspektiven und neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet werden. Mit dem Bürgergeld geben wir den Menschen einen Vertrauensvorschuss und setzen durch den neuen Kooperationsplan auf ein neues Miteinander.

So entsteht auf Basis der individuellen Stärken und Fähigkeiten ein gemeinsamer Plan für eine langfristige und nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt.

Damit denken wir den Sozialstaat neu: Nicht mit dem Fokus auf einen möglichen Missbrauch, sondern mit Fokus auf die Menschen, die ihn brauchen. Ich bin mit dem im Kabinett verabschiedeten Entwurf zufrieden, bin mir aber auch sicher, dass wir ihn im parlamentarischen Verfahren noch besser machen können.

Bundesregierung / StadtL andMensch-Fotografie



BERLINFAHRT

50 GÄSTE AUS AB, MIL UND MSP

Anfang September waren wieder Gäste aus meinem Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg und meinem Betreuungswahlkreis Aschaffenburg bei mir in Berlin zu Besuch. Die 4-tägigen Fahrten des Bundespresidenten bieten die Möglichkeit, hinter die Kulissen des Politikbetriebs zu blicken. Mit dem ICE ging es von Würzburg aus nach Berlin, wo ein abwechslungsreiches Programm auf die Gruppe wartete. Die Gedenkstunde an den kürzlich verstorbenen früheren sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im Plenum und die Generaldebatte im Bundestag waren Höhepunkte dieser Fahrt.

Später an diesem Tag traf ich die Gruppe zu einem Austausch über aktuelle Fragen. Die offene Diskussion war für alle Seiten bereichernd. Vielen Dank hierfür an die tolle Gruppe!





Mediathek des Deutschen Bundestages

MEINE REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Das Kurzarbeitergeld ist ein riesiger Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Arbeitsplätze, aber auch für Unternehmen und Betriebe. Seit dem 13. März 2020, seit zweieinhalb Jahren, passen wir an, sorgen wir vor und reagieren, wann immer es nötig ist. Das machen wir auch jetzt wieder.



Meine Rede hierzu und alle Reden der letzten Jahre gibt es auf meiner Homepage.



Büro Rützel

SÜDKOREA TREFFEN IM A&S-AUSSCHUSS

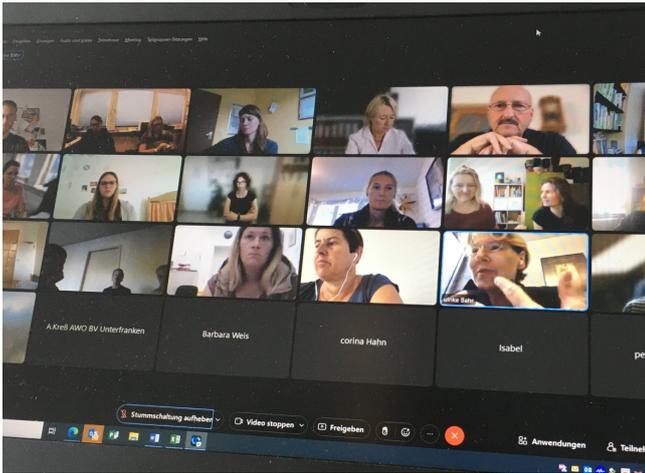
Mitte September trafen sich Mitglieder des Ausschusses Arbeit und Soziales mit Abgeordneten aus Südkorea. Als Vorsitzender des Ausschusses war ich sozusagen Gastgeber für die hochrangige Delegation aus Asien. Das einstündige Gespräch stand im Zeichen der sozialen Sicherungssysteme, Fachkräftezuwanderung, Ausschussarbeit und Parlamentsarbeit. Dieser internationale Austausch ist extrem wichtig, um einmal über den Tellerrand hinauszuschauen.

GASTRO-HILFE GEGEN DIE STIMMEN DER CSU



Alexa | pixabay.de

Um den gastronomischen Betrieben über die Krise hinwegzuhelfen, wird der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Da die schwierigen Zeiten für die Branche nicht vorbei sind, ist eine Verlängerung geboten — nicht zuletzt auch, weil eine Rückkehr zum vollen Steuersatz die Inflation zusätzlich befeuern würde. Leider kam die CSU, die selbsternannte Retterin der bayerischen Gastronomie, nicht aus ihrer Oppositionsrolle heraus und hat dagegen gestimmt.



Büro Rützel

SPRACH-KITAS

BUND GIBT 4 MRD FÜR KITAS

Der Bund unterstützt die Bundesländer in den Jahren 2023 und 2024 weiterhin bei der Kinderbetreuung und stellt dazu 4 Mrd. Euro im Rahmen des „KiTa-Qualitätsgesetzes“ für die Länder bereit. Doch ein großer Wermutstropfen bleibt: Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ soll auslaufen.

Anfang September diskutierte ich dieses Thema online mit über 25 Kita-Beschäftigten aus Unterfranken, mit meiner Kollegin und Vorsitzenden des Familienausschusses des Bundestages, Ulrike Bahr, sowie mit unserer Landtagsabgeordneten Martina Fehlner.

Bereits seit der Einführung begleite ich dieses Programm und weiß aus Besuchen mehrerer Sprach-Kitas um dessen große Bedeutung für Kinder, Eltern und Kita-Beschäftigte: „Der Wortschatz bei Dreijährigen aus wohlhabenden Haushalten ist doppelt so hoch wie bei Gleichaltrigen aus weniger betuchten Familien“, so eine Wortmeldung in der Online-Diskussion. Gerade deshalb ist mir das Sprach-Kita-Programm so wichtig: Es geht hier um Chancengerechtigkeit. Für bildungsbenachteiligte Kinder wird hiermit eine wertvolle Unterstützung geleistet.

„Genauso wie für die Beschäftigten“, fügten diese selbst an. Denn die weiteren Kernthemen des Bundesprogramms neben der Sprachförderung (die inklusive Pädagogik, Elternarbeit und der Einsatz digitaler Medien) seien vom Regel-Personal nur noch schwer zu leisten. „Es geht auch um Entlastungen angesichts des Personalmangels, sowohl durch neue Impulse und qualitativ hochwertige Fortbildung durch die Sprach-Kita-Fachkräfte, als auch zeitlich durch die Möglichkeit zum Austausch“, so der Tenor.

„Dieser Notstand ist in Bayern hausgemacht. Der Fachkräftemangel in Kitas wurde jahrelang von der Staatsregierung ignoriert“, hakte Martina Fehlner ein. Der Plan der Bayerischen Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU), den Erziehermangel nun durch größere Gruppen und Betreuung durch weniger qualifiziertes Personal aufzufangen, sei ein einziges Desaster.

Eine qualitativ gleichwertige Sprachförderung durch die ohnehin zuständigen Bundesländer, mitfinanziert durch die 4 Mrd. vom Bund, wäre auch eine Lösung. Die Staatsregierung aus CSU und Freien Wählern gibt hier aber wenig Grund zur Hoffnung. Mehr als die Hälfte der 861 Millionen Euro vom Bund aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ hat sie bislang in die Senkung der Kita-Beiträge gesteckt, um damit ihre Wahlversprechen zu finanzieren. Diese Mittel hätten sinnvoller investiert werden können, wie es andere Bundesländer auch getan haben: in Sprachförderung, in Personal, in bessere Arbeitsbedingungen, in Ausbildung, in Qualitätsverbesserungen in der Arbeit und ähnliches. Jetzt so zu tun, als lasse der Bund die Länder und die Kitas im Stich, ist einfach unredlich.

Ausführliche Informationen und weiterführende Links zum Thema finden Sie auf meiner Homepage.





Büro Rützel

PFLEGE

NEUE AGENTUR IN MAIN-SPESSART

In der Pflege fehlt es an Personal. Gerne möchte ich daher auf eine Initiative aufmerksam machen, die helfen soll, diesen Notstand zu beseitigen: Matthias Weidt und Sunita Lama haben zusammen in Main-Spessart eine Agentur gegründet, die Pflegekräfte aus den Philippinen vermitteln und integrieren möchte. Mittelfristig möchten sie auch Pflegefachkräfte aus Brasilien und Indien vermitteln. Als sie in Berlin waren, um mit der philippinischen Botschaft diverse Formalitäten zu regeln, traf ich sie in meinem Büro.

Diese Initiative ist einer von zahlreichen Wegen, die wir gleichzeitig verfolgen müssen, um genug Pflegekräfte bei uns auf dem Land zu gewinnen. Wir müssen die Arbeit attraktiver machen, Beschäftigte zurückgewinnen, die der Pflege den Rücken gekehrt haben und junge Menschen davon überzeugen, dass die Pflege ein interessanter Beruf mit Zukunft ist.

Aber alleine wird das nicht ausreichen. Deshalb unterstütze ich das Vorhaben von Sunita Lama und Matthias Weidt. Denn wir brauchen dringend mehr



Pflegekräfte. Mehr hierzu auf meiner Homepage.



Radentscheid Bayern | Laura Ganswirth

MITMACHEN!

RADENTSCHIED BAYERN

Ab sofort liegen Unterschriftenlisten in meinem Wahlkreisbüro aus. Kommt vorbei und unterschreibt dort für eine bessere und sichere Radinfrastruktur. Warum ist ein solcher Radentscheid bitter nötig?

- Die Staatsregierung hat versprochen, bis 2025 den Radverkehrsanteil auf 20 Prozent zu verdoppeln. Mit +1 Prozent seit 2017 ist sie kläglich gescheitert.
- Kein Wunder: Radwege, Abstellanlagen, Radmitnahmemöglichkeiten fehlen oder sind so dürftig und unsicher, dass sie nicht zum Radfahren einladen.
- Es gibt auch kein Alltagsradwegenetz. Auf dem Land hat man in der Regel die Wahl zwischen holprigen Feldwegen und Landstraßen, wo man oft eng und mit sehr hohen Geschwindigkeiten von schweren KFZ überholt wird.
- Radmitnahme im ÖPNV ist oft nicht möglich oder relativ teuer und nicht garantiert.

Das wollen wir ändern – mit einem Radgesetz, das in Bayern endlich für eine umweltfreundliche Mobilität



sorgt. Alle Infos dazu gibt es online hier: www.radentscheid-bayern.de/ziele



ver.di

VER.DI

JUBILAR-EHRUNGEN

In Aschaffenburg-Nilkheim durfte ich auf der Jubilar-Ehrung des ver.di-Ortsvereins Aschaffenburg/Miltenberg auf Einladung des Vorsitzenden Uwe Flaton eine Festrede halten. Natürlich gratulierte ich auch den Jubilaren und dankte für ihre Treue und Solidarität. Gewerkschaften sind eine Stabilität für die Demokratie. Damals und heute steht die SPD an ihrer Seite. Es war mir eine große Ehre!



SPD AG 6oplus

6oPLUS

UNTERFRANKENTREFFEN

Endlich schlägt das gesellschaftliche Herz der SPD wieder. Die AG 6oplus traf sich nach langer Corona-Pause wieder unterfrankenweit. In Giebelstadt wurde Kaffee getrunken, Kontakte wurden geknüpft und vertieft und natürlich viel über die aktuelle Politik diskutiert. Vielen Dank für Eure Arbeit, es hat mich sehr gefreut, Euch alle mal wieder zu sehen! Mit dabei waren auch Eva-Maria Linsenbreder und MdL Volkmar Halbleib.

IN BREMEN

ALS SOZIALPOLITIKER UNTERWEGS



Büro Uwe Schmidt

Eine Einladung der Arbeitnehmerkammer Bremen habe ich mit Terminen mit meinem Bundestagskollegen Uwe Schmidt verknüpft. Zwei Tage war ich mit ihm in Bremen unterwegs und besuchte als Sozialexperte meiner Fraktion ein Eingliederungsprojekt für Langzeitarbeitslose, die Arbeitnehmerkammer Bremen, führte Gespräche mit dem regionalen DGB-Vorsitzenden Dr. Ernesto Harder, der Gewerkschaften NGG, ver.di und IG Metall und mit Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (Foto). Das Programm war vollgepackt, die Fachgespräche vielfältig und intensiv. Danke für die Einladung!



Büro Rützel

KANADA

ENERGIEKRISE UND ZUWANDERUNG

Persönliche Begegnungen sind auch für die internationale Beziehungen wichtig. Anfang September habe ich die kanadische Senatorin Ratna Omidvar wieder getroffen. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der kanadisch-deutschen Freundschaftsgruppe und Vorsitzende des Standing Senate Committee on Social Affairs des kanadischen Senats. Als Vorsitzender der deutsch-kanadischen Parlamentariergruppe und des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag habe ich einiges mit ihr gemeinsam.

Im Bereich Zuwanderung hat Kanada seit vielen Jahren ein Modell, das nach den Plänen der Bundesregierung mit der sogenannten „Chancenkarte“ in Deutschland eine Entsprechung finden soll. Ganz aktuell von besonderer Bedeutung ist die Zusammenarbeit im Bereich Energie. Um alternative Ressourcen zu erschließen, sind beide Länder an modernen Entwicklungen, z.B. im Bereich grüner Wasserstoff, interessiert. In Kanada sind neue Anlagen geplant, in denen die Produktion von Windenergie mit Wasserstoff verbunden werden soll. Gespräche über umfangreiche Exporte nach Deutschland laufen.



SPD-Landtagsfraktion

EMPFANG

FÜR BETRIEBS- UND PERSONALRÄTE

Ein sehr gut gefüllter Saal und einen intensiven Austausch mit unterfränkischen Betriebs- und Personalrätinnen und Personalräten gab es Mitte September auf Einladung der Landtagsfraktion in Würzburg.

Die Betriebs- und Personalräte sind seit jeher ein starker und wichtiger Faktor für die Bewältigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme — und umso mehr in dieser aktuellen Ausnahmesituation mit seinen zahlreichen Herausforderungen. Ich habe in meinem Grußwort klargemacht: „Als SPD stehen wir an Eurer Seite!“

Wir arbeiten beispielsweise weiter daran, die Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen zu stärken: mit einer Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetz auf Bundesebene und einer Modernisierung des Personalvertretungsrechtes in Bayern, worüber u.a. Arif Tasdelen als stellvertretender Vorsitzender der BayernSPD Landtagsfraktion gesprochen hat.

Danke für die super Organisation an unsere unterfränkischen Landtagsabgeordneten Volkmar Halb-leib und Martina Fehlner!



Bernd Rützel

NEMBACH

NOMINIERT FÜR DEN LANDTAG

Die SPD Main-Spessart hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehenden Wahlen nominiert: Pamela Nembach, die stellvertretende Landrätin aus Marktheidenfeld-Glasofen, soll in den Landtag. Mark Nötscher aus Lohr ist der Listenkandidat. Für die Bezirkswahl nominierte die Kreis-SPD Stefan Rümmer aus Karlstadt, als Listenkandidatin Monika Poracky aus Gemünden. Herzlichen Glückwunsch!



Bernd Rützel

HERRMANN

NOMINIERT FÜR DEN LANDTAG

Samuel Herrmann ist nun auch offiziell Direktkandidat der SPD im Stimmkreis Miltenberg für die Landtagswahl 2023. Dies hat ein Kreisparteitag beschlossen. Listenkandidatin für die Wahl ist die SPD-Kreisvorsitzende Helga Raab-Wasse. Zur Bezirkswahl treten Andrea Schreck (Direktkandidatin, aus Sulzbach) und Sabine Kettinger (Liste, aus Dorfprozelten) an. Auch Euch herzlichen Glückwunsch!

EVG-SENIOREN

ZU BESUCH IN BERLIN



DBT/ Inga Haar

Standesgemäß mit dem Zug reiste eine Gruppe von EVG-Seniorinnen und Senioren unter der Leitung von Harald Schmid nach Berlin. Erste Station war der Besuch des Deutschen Bundestages, wo ich die Gruppe empfangen durfte. Der Austausch vor Ort war sehr intensiv und ich hoffe, dass ich allen einen guten Einblick in die Arbeit eines Abgeordneten geben konnte. Zufällig war MdL Volkmar Halbleib auch vor Ort und so kam es zu diesem spontanen Gruppenfoto. Was die Gewerkschaftssenioren über den



Besuch bei mir geschrieben haben, ist auf meiner Homepage nachzulesen.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER



Büro Martina Fehlner

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Tage werden merklich kürzer, die Temperaturen sinken, endlich kündigen sich einige Regentage an. Der Herbst hat Einzug gehalten – und mit ihm das neue Schuljahr in Bayern. Fast 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler sind in die Klassenzimmer zurückgekehrt. Für etwa 130.000 Erstklässler hat ein ganz neuer, spannender Lebensabschnitt begonnen. Und wer würde unseren Schulanfängern nicht wünschen, dass sie auf ihrem Bildungsweg so fürsorglich, individuell und professionell wie möglich – kurz: optimal – betreut würden?

Unsere bayerischen Lehrkräfte tun jeden Tag aufs Neue ihr Möglichstes, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Sie helfen den Kleinsten, die ersten Buchstaben aufs Papier zu bringen. Sie machen trotzköpfigen 15-Jährigen die Newtonschen Gesetze schmackhaft. Sie sorgen dafür, dass geflüchtete Kinder vollends in der neuen Heimat ankommen.

Der Lehrerberuf, er ist vielfältig und anspruchsvoll. Er erfordert Expertise, Empathie und Engagement. Doch in Bayern erfährt er leider nicht immer die Wertschätzung, die er verdient. Als Staatsbedienstete sollten Pädagoginnen und Pädagogen angemessen entlohnt werden – und zwar von Beginn an.

Ein Einstiegsgehalt nach der Einstufung von A13, sichere und gute Arbeitsbedingungen, so lautet die Forderung der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband nennt eine Zahl von 4.000 Pädagogen, die aktuell an unseren Grund-, Mittel- und Förderschulen fehlen. Ein Missstand, der keineswegs neu, für uns jedoch nicht hinnehmbar ist.

Viele Menschen in Deutschland treiben zurzeit große wirtschaftliche Sorgen um. Die Lebenshaltungskosten sind in den vergangenen Monaten stark gestiegen. Vor uns steht ein harter Winter mit Rekordpreisen für Heizung und Strom. Dazu kommt, dass auch die finanzielle Last durch den Schulstart für viele schwer wiegt. Solch ein Schulranzen-Set für Erstklässler hat einen stolzen Preis. Schulhefte, Stifte, Bücher wollen angeschafft werden, dazu kommen immer öfter auch digitale Endgeräte. Um nicht missverstanden zu werden: Die Digitalisierung der bayerischen Schulen ist überfällig. Doch sie hat ihren Preis – in Form von Laptops, Tablets & Co. Wir fordern, dass Eltern mit geringerem finanziellem Spielraum gezielt unterstützt werden. Damit alle Schülerinnen und Schüler in Bayern auch wirklich gleiche Bildungschancen vorfinden.

Für ein modernes, soziales und gerechtes Bayern setze ich auch ich mich mit meiner Arbeit als Abgeordnete der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag nachdrücklich ein.

Herzlichst, Ihre/Eure

Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de